

maprodukte in China unter skrupellosen Geschäftemachern eine gängige Praxis, um an schnelles Geld zu kommen. Im Fall des Milchskandals hätten die Vertreter der Unterlagen und Gütesiegel der Produkte gefälscht. Außerdem hätten die Händler falsche Firmennamen und -adressen benutzt. Die meisten Opfer der Milhhändler waren Bauern aus der ländlichen Umgebung Fuyangs. Durch ihr geringes Einkommen (etwa 240 US\$ im Jahr) und mangelndes Verbraucherbewusstsein seien sie die ideale Zielgruppe der profitgierigen Geschäftsleute, so die Meinung von Beobachtern.

Auch benachbarte Regionen melden inzwischen Fälle von Unterernährung bei Säuglingen: Die ostchinesischen Provinzen Shandong und Jiangsu sowie die Stadt Beijing sollen Ermittlungen gegen Milchpulververtreiber eingeleitet haben.

Die Berichterstattung der Vorfälle durch Chinas zentrale Fernsehanstalt hatte landesweit für Empörung gesorgt. Besonders heikel ist, dass die Stadtverwaltung von Fuyang laut Berichten der BBC bereits seit Mai letzten Jahres über die mangelhaften Babyprodukte informiert gewesen sein soll, jedoch keine Maßnahmen ergriffen hätte. (BBC News Asia-Pacific online, 20., 21., 22.4.04; CNN Asia News online, 20.4.04; XNA, 22., 23., 24., 27.4.04) -fs-

14 Bauprojekte in Xinjiang lassen Minderheiten unberücksichtigt

Entwicklungsprojekte in der autonomen Region Xinjiang haben sowohl nationale Minderheiten als auch ausländische Beobachter zur Sorge veranlasst. Auf örtliche Volksgruppen werde bei der Umsetzung der Projekte kaum Rücksicht genommen, erklärte die Menschenrechtsorganisation Human Rights In China. Wie das *Wall Street Journal* berichtet, sollen etwa Altstadtviertel der uigurischen Stadt Kashgar einem kommerziellen Großprojekt weichen. Wo bislang an Kebab-Ständen und Teppichgeschäften reges Treiben herrsche, solle nun ein modernes Einkaufszentrum entstehen. Die Kosten liegen bei 130 Mio. US\$.

Die örtliche muslimische Bevölkerung sei empört, berichtet das *Wall Street*

Journal. Der geplante Neubau sei für viele ein Zeichen der Unterdrückung. Ein Mitarbeiter von Human Rights In China erklärte, die Zentralregierung verfolge mit ihrer Strategie zur Entwicklung Westchinas (C.a., 2002/10, S.1139-1155) lediglich die Absicht, ihre politische Kontrolle über die uigurische Minderheit auszuweiten. Tatsächlich sei die Entwicklungspolitik der Zentralregierung Träger einer ausgefeilten Umsiedlungspolitik, wie sie seit Jahren in Tibet durchgeführt werde.

Das aktuelle Bauprojekt beispielsweise sei, wie viele andere, ein Projekt von Han-Chinesen für Han-Chinesen, kritisieren Kommentatoren. Schon die Grundstückspreise verhinderten, dass sich dort Uiguren niederließen. Der Preis für einen Quadratmeter in der Innenstadt Kashgars sei inzwischen von ehemals 120 US\$ auf bis zu 3.000 US\$ gestiegen. Die meisten Muslime würden angesichts dieser Entwicklung in die Vororte der Stadt ziehen müssen.

Die parteistaatliche Zentrale weist die Vorwürfe zurück: Der Staat habe zum Schutz und zur Pflege des kulturellen Erbes von Minderheiten landesweit enorme Summen aufgebracht. In Kashgar sei auf die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung durchaus Rücksicht genommen worden. So gelte die 500 Jahre alte Id Kah Moschee im Zentrum der Stadt heute als einer der „bedeutendsten historischen Orte des Landes“. Auch das uigurische Flair der Altstadt werde durch das Entwicklungsprojekt nicht beschädigt: Die staatliche Entwicklungskommission habe dafür Sorge getragen, dass sich alle neuen Bauprojekte an dem traditionellen Stadtbild orientierten. (WSJ, 14.4.04) -fs-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Beschäftigungssituation für Hochschulabsolventen wird auch im Jahr 2004 angespannt sein

China erwarte für das Jahr 2004 2,8 Mio. Absolventen von Universitäten und Hochschulen, die einen Arbeitsplatz suchen; dies seien 32% mehr als im letzten Jahr, berichtete der stellvertretende Ministerpräsident Huang Ju am 21. April auf einer Konferenz zur Beschäftigungssituation von Hochschulabsolventen in Beijing. Sowohl der Zunahme der Absolventen als auch deren Anstellungsproblemen gelte die Aufmerksamkeit der Regierung. Alle Lokalregierungen sollten sich um die Verbesserung der Anstellungsbedingungen für Graduierte bemühen, sie aber auch ermutigen, sich selbständig zu machen oder in Privatbetrieben Anstellung zu suchen (XNA, 22.4.04).

Die hohe Zunahme an Absolventen ist das Ergebnis einer gezielten Ausweitung des Hochschulwesens seit 1999. Bereits in diesem Jahr nahmen die Universitäten 900.000 Studenten mehr auf als noch 1998, 5,94 Mio. im Vergleich zu 5,04 Mio.; insgesamt schrieben sich im tertiären Bildungswesen 47,4% mehr neue Studenten ein. Diese Ausweitung spiegelt das strategische Umsteuern von „Elitehochschulen“ zu „Massenhochschulen“ wider, das von der Regierung für notwendig erachtet wird, um den neuen Anforderungen sowohl der wirtschaftlich-technologischen als auch der sozialen Entwicklung begegnen zu können.

Im vergangenen Jahr (2003) beendete der erste dieser neuen Absolventenjahrgänge sein Studium und stieß auf erhebliche Anstellungsprobleme. Der Arbeitsmarkt hatte sich u.a. durch die fortschreitende Reform der staatseigenen Unternehmen, aber auch durch Reformmaßnahmen in der staatlichen Verwaltung weiter verengt, die Arbeitslosenrate ist in den Städten auf über 4% gestiegen (4,3% im ersten Quartal 2004, XNA, 10.5.04). Auch hat das Wirtschaftswachstum weniger

Arbeitsplätze hervorgebracht als früher: Während in der Vergangenheit ein BIP-Wachstum von 1% zu zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen führte, erschafft es heute nur noch 800.000. Außerdem hat sich die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften nicht in dem Maße erhöht wie erwartet.

Dennoch stellt sich die Frage, warum die Probleme der Graduierten bei der Arbeitsplatzsuche im letzten Jahr zu so großer Panik unter den Studenten und so großer öffentlicher Beachtung geführt haben, sodass in diesem Jahr die politische Führung ihnen größte Aufmerksamkeit zukommen lässt. Immerhin hatten im Jahre 2003 76% der Absolventen bei ihrem Abschluss einen Vorkontrakt mit einem Arbeitgeber, fast so viel wie 1998 (76,8%), ohne dass dies damals irgendeine Beachtung fand. Yu Nanping, ein Forscher der East China Normal University in Shanghai, führt dies u.a. auf die Umwandlung des Bildungssystems in ein marktgesteuertes System und den enormen sozialen Druck zurück, dem die Studenten ausgesetzt seien. Bildung gelte als eine wesentliche Voraussetzung für sozialen Aufstieg und angesichts der Kommerzialisierung des Bildungswesens müssten die Eltern große Summen Geldes aufbringen, um ihren Kindern diese Bildung zu ermöglichen. Die Gebühren für ein Studium an einer Standarduniversität würden 62% eines durchschnittlichen Familieneinkommens ausmachen; für ein vierjähriges Studium seien zwischen 50.000 und 80.000 Yuan erforderlich. Diese Investitionen sollten sich durch gut bezahlte Jobs rentieren, was auch bedeutet, dass ein Job vornehmlich im weiter entwickelten Ostchina gesucht werden soll, wo die Löhne um durchschnittlich 40% höher liegen als in Westchina (ders., „Fresh Graduates Face Unemployment“, in: *China Perspectives*, (2004) 51, S.4-12).

Letzteres Argument lässt den Appell Huang Jus, mehr Absolventen sollten sich um einen Job im großen chinesischen Westen bemühen, in einem anderen Licht erscheinen. Der Kommunistische Jugendverband und das Erziehungsministerium hatten im letzten Jahr in einer gemeinsamen Anstrengung unter fast 44.000 Kandidaten 6.000 Freiwillige ausgesucht, die im Rahmen eines gemeinsamen Programms nach Westchina geschickt

wurden, um dort armen Regionen bei der Entwicklung zu helfen. Ein bis zwei Jahre sollen sie dort vor allem in den Bereichen Erziehung, Gesundheit, Agrarwissenschaften, aber auch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeit tätig sein. Dafür bekommen sie vom Finanz- und vom Personalministerium besondere Lohnzulagen und werden anschließend bei der Arbeitsplatzsuche bevorzugt behandelt. Im laufenden Jahr sollen wiederum 6.000 Freiwillige gefunden werden; von den Letztjährigen sind noch 4.000 übrig geblieben (XNA, 13.4.04).

In absehbarer Zeit wird die Zahl der Graduierten weiter steigen, wie ein Beitrag in der GMRB (1.4.04) betont, der die Ergebnisse eines Workshops von Hochschul- und Regierungsverantwortlichen sowie Unternehmensvertretern zusammenfasst. Im Jahr 2003 habe es 2,12 Mio. Absolventen gegeben, von denen zunächst 45% keine Anstellung hätten und am Jahresende immer noch knapp 30%. Dieses Jahr (2004) würden 2,8 Mio. Absolventen erwartet und in den nächsten Jahren werde die Zahl durchschnittlich um 20% und mehr pro Jahr steigen. Der Beitrag macht u.a. sehr deutlich, dass auch seitens der Hochschulen große Versäumnisse vorliegen, da sie durch unzureichende Ausbildungsinhalte, Curricula, Lehrmethoden sowie berufsvorbereitende Informationen den Studenten keine hinreichende „Beschäftigungsfähigkeit“ (*jiu-yeli*) vermitteln. Den Graduierten fehle das nötige Wissen über den Arbeitsmarkt, die Unternehmen und Berufe, sodass sie Probleme bei der Arbeitsplatzsuche hätten, es fehle ihnen an grundlegenden beruflichen Qualitäten, sodass viele Unternehmen keine Absolventen ohne weitere berufsvorbereitende Ausbildung anstellen wollten, und schließlich sei das an den Hochschulen vermittelte Fachwissen weit von den Kenntnissen entfernt, die in den Unternehmen gefordert seien.

Eine ähnlich deutliche Kritik wird in einem weiteren Beitrag der GMRB (ebenfalls 1.4.04) auch an der postsekundären Berufsausbildung geäußert. Ein einseitig an theoretischem Wissen ausgerichtetes Studium bereite die Studenten unzureichend auf die Berufswelt vor. Daher sei eine Ausrichtung an der Beschäftigung entscheidend für die weitere Entwick-

lung der postsekundären Berufsausbildung (*dali fazhan yi jiuye wei daoxiang de gaozhi jiaoyu*), der ansonsten große Erfolge bescheinigt werden. Von 1998 bis 2003 sei die Zahl der neu aufgenommenen Studenten von 540.000 auf 2 Mio. gesteigert worden, die der immatrikulierten Studenten von 1,17 Mio. auf 4,8 Mio. Letzteres seien 43,24% aller Hochschulstudenten, bei den neu Immatrikulierten habe man sogar 52,24% erreicht.

Die Autoren des zuerst genannten Beitrags aus der GMRB stellen sich auch die Frage, ob es denn angesichts der Beschäftigungsprobleme zu viele Hochschulabsolventen gebe, beantworten sie jedoch eindeutig negativ. In China schreiben sich derzeit nur rund 15% der Jugendlichen eines Jahrgangs an Hochschulen ein, in den USA seien es 82%, in Japan, Großbritannien und Frankreich über 50% und selbst in Südkorea oder auf den Philippinen seien es noch rund 30%. Unter den über 700 Mio. Beschäftigten seien daher solche mit Hochschulbildung noch sehr rar, ihre Zahl liege bei ungefähr 5% (GMRB, 1.4.04). Die Provinz Jiangxi z.B. will angesichts dieser Situation in den nächsten drei Jahren 6 Mrd. Yuan (ca. 723 Mio. US\$) aufbringen, um das Hochschulwesen zu fördern. Neben der Verbesserung der Ausbildung und der Ausweitung der Hochschulen sollen auch mehr Studenten aufgenommen werden; die derzeitige Rate von 40% der Mittelschulabsolventen, die an einer Hochschule ihre Ausbildung fortsetzen, soll auf 60% gesteigert werden.

Wenn jetzt allerdings die Arbeitsmarktsituation für Hochschulabsolventen beklagt wird, dann muss auch bedacht werden, dass die Ausweitung des Bildungswesens umgekehrt eine der Maßnahmen war, um den Arbeitsmarkt zunächst zu entspannen. Gerade die Jugendarbeitslosigkeit ist ein brennendes Problem. Nach dem jüngsten Weißpapier der Regierung zur Beschäftigungssituation und -politik vom April 2004 (XNA, 26.4.04; Volltext: <http://www.china.org.cn/white/20040426>) sind ca. 70% der Arbeitslosen unter 35 Jahre alt. -gs-

16 Kommunistische Partei fürchtet um die Moral des Nachwuchses

Mit einer Serie von sechs Kommentaren jeweils auf der ersten Seite hat die *Volkszeitung* als Sprachrohr der Kommunistischen Partei im April auf die Bedeutung eines Beschlusses des Zentralkomitees der KP und des Staatsrats vom März hingewiesen, der die Notwendigkeit einer stärkeren und verbesserten ideologischen und moralischen Erziehung der Jugendlichen in China gefordert hat. Diese „Ansichten“ sind am 23. März im Wortlaut in der RMRB erschienen, die Kommentare am 9. und 10.4., am 18., 19., 20. sowie am 30.4.; ein weiterer Kommentar mit der Aufforderung zur Stärkung der Jugendliga und der Jungen Pioniere erschien am 4. Mai 2004.

Die KP bezeichnet ihr Papier als eine wesentliche Maßnahme zur Umsetzung des Geistes des XVI. NVK. Die weitere ideologische und moralische Entwicklung der Jugend sei von immenser Bedeutung, immerhin seien derzeit 367 Mio. Chinesen unter 18 Jahre alt – und wenn man davon ausgehe, dass die Modernisierung des Landes in den ersten 20 Jahren dieses Jahrhunderts erfolge, dann handle es sich bei diesen Jugendlichen um das künftige Rückgrat des modernen Chinas und die künftigen Erbauer des Sozialismus.

Nun macht sich die Partei allerdings anscheinend große Sorgen um diese Generation. Auf einen Leitartikel des Magazins *Time* hin, der Chinas Jugend mit der „Beat Generation“ der 60er Jahre in den USA verglich, reagierte Xinhua geradezu erschrocken mit dem Hinweis auf das Parteidokument. Im Großen und Ganzen, so heißt es darin, sei die ideologisch-moralische Situation der Jugendlichen gut, aber im Lande und international habe es in den letzten Jahren doch einige grundlegende Veränderungen gegeben, deren negative Auswirkungen auf die chinesische Jugend nicht ignoriert werden dürften. Jugendliche würden sich dem Glücksspiel hingeben, sich von Pornographie und Gewalt angezogen fühlen, seien dem Aberglauben verfallen, würden Drogen nehmen oder sogar kriminell werden.

Als Ursache dieser negativen Erscheinungen wird vor allem auf das Internet und die Massenmedien verwiesen. Eine Zufallsbefragung im Bezirk Haidian (Beijing) im September 2003 habe z.B. ergeben, dass 66% der Jugendlichen häufiger Läden mit PC-Spielen besuchten, 30% häufiger in Internetbars seien und 61% sich bereits einmal pornographische Webseiten angesehen hätten (XNA, 25.3.04). Aber auch die Erziehung in den Schulen sei zu kritisieren: Hier würde häufig eher auf die intellektuelle als auf die moralische Erziehung geachtet, die Erziehung im Klassenraum zähle mehr als die soziale Praxis. Dabei seien Textbucherfahrungen immer schal, wesentlich seien Erfahrungen, die sich aus der Praxis ergeben.

Die Erziehung, mahnt die Partei, müsse allerdings jetzt einsetzen, denn noch seien die Jugendlichen formbar, noch seien sie in der Entwicklung und daher für die sozialistische geistige Zivilisation zu gewinnen. Die Stichworte hier seien Leidenschaft, Ehrgeiz, Verhalten und Qualität. Die vier großen Aufgaben der ideologisch-moralischen Erziehung seien demnach die Stärkung des Patriotismus, die Weckung großer Ambitionen, die Herbeiführung moralischer Integrität und exzellenter Manieren sowie die Verbesserung der wesentlichen Qualitäten. Auf dieser Grundlage sei es dann möglich, die Jugendlichen zu einer korrekten Weltanschauung, einer korrekten Sicht auf das Leben und zu korrekten Werten zu führen. Ziel der Erziehung seien die „Vier haben“ (*siyou*): ehrgeizige Ziele, moralische Integrität, gute Erziehung und Disziplin.

Verantwortlich für diese Erziehung seien zunächst einmal die Schulen, dann die Eltern und schließlich alle Bereiche der Gesellschaft, darunter die Jugendliga und die Jungen Pioniere. Sie müssten sich gewissenhaft um die Jugendlichen kümmern, aber auch entsprechend rigide Regeln für Disziplin aufstellen. Dementsprechend müsse man auch die „Erziehung der Erzieher“ im Auge behalten.

Begonnen werden müsse mit dieser Erziehung sofort, auch mit kleineren und scheinbar trivialen Maßnahmen. So hätten z.B. einige Lokalregierungen den Besuch von Museen, Gedenkstätten, Ausstellungshallen und Kul-

turzentren für Jugendliche gebührenfrei gemacht. Der Besuch dieser Einrichtungen, der Gräber von Märtyrern und aller anderen Stätten, die den Patriotismus fördern helfen, sei zu verstärken. Staatlich zu fördern sei auch die Produktion exzellenter Fernseh- und Radioprogramme sowie von Filmen, Büchern, Zeitschriften, Online-Publikationen und von Video- und Audioprodukten, die den Jugendlichen das beste geistige Rüstzeug geben. Umgekehrt sei der Markt kultureller Produkte strikter zu regulieren, seien pornographische und unautorisierte Veröffentlichungen mit aller Kraft zu bekämpfen und alle diejénigen zu bestrafen, – Einheiten wie Individuen –, die Pornographie, obszöne Werke, Gewalt, Mord, feudalistischen Aberglauben und Pseudowissenschaftliches verbreiten.

Wie weit die Partei dabei gehen will, machen Aktivitäten deutlich, die bereits seit Februar 2004 gegen Internetcafés und andere Internetgeschäfte unternommen werden. Im Anschluss an eine nationale Telefonkonferenz am 19. Februar, so berichtete der Kulturminister Sun Jiazheng, sei man im ganzen Land gegen illegale Internetcafés vorgegangen; über 8.600 seien inzwischen geschlossen worden, andere hätten hohe Strafen auferlegt bekommen. Am 27. April wurde dann eine landesweit abgestimmte Kampagne gestartet, die von einer National Coordination Group for the Special Rectification Campaign geleitet wird, die unmittelbar Untersuchungsgruppen u.a. nach Beijing, Shanghai sowie in die Provinzen Liaoning und Hubei schickte. Angestrebt wird, in Koordination mit verschiedenen Institutionen und Abteilungen aus den Bereichen Telekommunikation, Erziehung, Finanzen und Medien sowie dem Legal Affairs Office, dem Office on the Building of Spiritual Civilization und der Kommunistischen Jugendliga, einen umfassenden Kontrollmechanismus zu errichten. Nicht nur die Propaganda soll verstärkt werden, vielmehr sollen Hotlines für entsprechende Hinweise eingerichtet werden, freiwillige Beobachter sollen ernannt und nicht zuletzt alle gesellschaftlichen Kräfte (auch Familien und Nachbarschaften) zur Mitwirkung bei der Überwachung gewonnen werden. Angestrebt wird explizit eine Massenkampagne zur Kontrolle

der Internetaktivitäten, die angesichts vergangener Kampagnen nur größte Befürchtungen hervorrufen kann (RMRB, 27.4.04). Eher hilflos wirkt dabei allerdings die Absicht der Regierung, künftig streng darauf zu achten, dass Internetbars nicht im Umkreis von 200 Metern rund um Schulen eröffnet werden, um Jugendliche vor deren Profitstreben zu schützen (XNA, 23.3.04). -gs-

17 Lockerung der Familienplanung trotz Bevölkerungswachstum

Nach Angaben des nationalen Statistikbüros hatte die VR China Ende 2003 eine Bevölkerung von 1,29 Mrd. Menschen – mit einer Geburtenrate von 12,4 pro 1.000 Personen und einer Sterberate von 6,4. Nach Angaben von Minister Zhang Weiqing, Vorsitzender der staatlichen Kommission für Bevölkerung und Familienplanung, in der Zeitschrift *Qiushi* wird die Bevölkerung in den nächsten zwei Jahrzehnten um ca. 10 Mio. Menschen pro Jahr weiter wachsen – immerhin 3 Mio. pro Jahr weniger als noch in den 90er Jahren und könnte bei langsam abnehmenden Steigerungsraten im Jahr 2043 die Höchstzahl von 1,48-1,55 Mrd. erreichen. Bis dann zugleich ein Nullwachstum erreicht würde, wäre die Bevölkerung gegenüber heute noch einmal um fast 300 Mio. Menschen größer geworden. Andere, wie der Bevölkerungsexperte Huang von der Beijinger Capital University, sind etwas optimistischer und sehen bereits vor 2043 ein Nullwachstum erreicht, da die Geburtenrate seit den 90er Jahren abnimmt und die Sterberate sich während der letzten 10 Jahre um 0,8% erhöht hat.

Abgesehen von dem Bevölkerungswachstum wies Minister Zhang auf weitere Probleme wie vor allem die Geschlechterlücke und die Alterung der Gesellschaft hin. Der fünfte nationale Zensus im Jahre 2000 habe ergeben, dass es 12,7 Mio. mehr Jungen als Mädchen im Alter unter 10 Jahren gebe. Und die älteren Menschen über 65 Jahren werden im Jahre 2020 11,8% der Bevölkerung ausmachen, zur Mitte des Jahrhunderts bereits 25%.

Huang nahm auch Stellung zur Lockerung der Familienpolitik in Shanghai,

die am 15. April in Kraft trat. Diese habe nur begrenzten Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung, da sie nur einem kleinen Teil der Bevölkerung die Möglichkeit gebe, ein zweites Kind zu bekommen (SCMP, 15.4.04).

Den Bestimmungen zufolge, die bereits im Jahr 2003 vom Shanghai-er Volkskongress verabschiedet wurden, kann z.B. ein Ehepaar, wo beide Partner Einzelkinder sind, ein zweites Kind bekommen. Aufgehoben wurde auch das Intervall von vier Jahren zwischen dem ersten und dem zweiten Kind. Außerdem wurde das Recht ländlicher Paare, ein zweites Kind zu bekommen, wenn einer der Partner arbeitsunfähig und/oder behindert ist, auf die städtischen Familien ausgeweitet. Und schließlich wurde die Regelung geändert, dass ein zum zweiten Mal verheiratetes Paar nur dann ein zweites Kind haben könne, wenn einer der beiden Partner noch kinderlos sei. Die städtische Familienplanungskommission betonte, dass auch in Shanghai die Ein-Kind-Politik in Kraft bleibe und man keinesfalls zu mehr Kindern ermutigen wolle, es handele sich allein um humanitäre Erleichterungen (XNA, 13.4.04).

Parallel dazu hat die Regierung in Beijing Pläne bekannt gegeben, die Einhaltung der Ein-Kind-Politik auf dem Lande durch Prämienzahlungen zu fördern. Sie wolle eine Stadt in den 14 westlichen und Zentralprovinzen als Experimentierfeld auswählen und ländlichen Familien, die sich an die Familienpolitik halten, eine Prämie von 600 Yuan (ca. 72 US\$) zahlen. In den entwickelteren Gebieten könnten die Lokalregierungen diese Politik auf eigene Kosten testen (XNA, 1.4.04). -gs-

Außenwirtschaft

18 US-Regierung: Keine Handelsanktionen gegen China

Trotz massiven Drucks verschiedener Interessengruppen und ihrer formalen Beschwerde im Rahmen der Sektion 301 des US-Handelsgesetzes hat die US-Regierung es abgelehnt, Handelsanktionen gegenüber China zu ver-

hängen. So hatten die American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations und die National Association of Manufacturers in einer Klage gefordert, eine Untersuchung gegen China wegen der Verletzung von arbeitsrechtlichen Standards und Manipulation des Wechselkurses einzuleiten. Kong Quan, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, begrüßte diese Entscheidung. Sie sei „weise“ und förderlich für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und den USA. (XNA, 29.4.04; AWSJ, 28.4.04)

In einer Pressekonferenz erklärten Regierungsvertreter die Entscheidung damit, dass eine marktwirtschaftliche Einbindung Chinas wirkungsvoller sei, als Druck auf die Verbesserung der arbeitsrechtlichen Standards und auf die Freigabe des Wechselkurses auszuüben. Der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick fasste diese Position wie folgt zusammen:

„We do not need to conduct a year-long investigation to know there are serious concerns with labor rights and working conditions in China as there are in many other developing countries. This administration believes that trade and economic growth, combined with the use of leverage to pursue mutual interests under agreed upon international rules, will move China faster and further toward achieving real results than a retreat into economic isolationism and the raising of barriers that block trade.“ (AWSJ, 28.4.04)

Die Interessenverbände suchten nach Heilmitteln, so Zoellick, die eher zur Verschlechterung der Situation beitragen würden als zur Lösung der Probleme. Eine Erhöhung der Handelsbarrieren in den USA hätte eine Verteuerung für die US-Konsumenten zur Folge und würde die Arbeitsplätze amerikanischer Arbeiter gefährden, die vom Handel mit China abhingen.

Zoellick verwies außerdem auf laufende Verfahren, die deutlich machten, dass die US-Regierung keineswegs darauf verzichte, die eigenen Interessen zu verfolgen. Hierzu zählte Zoellick die Klage gegen die Praxis der Exportsteuerrückerstattung für Chinas Halbleiterindustrie und den Textilstreit. (AWSJ, 28.4.04)